

Die Aussöhnung zwischen Europa und dem Islam in Eurasien

Einführung

Die derzeit vorherrschende Strategie der Terrorismusbekämpfung hat zwei kontraproduktive Effekte: Sie überbetont die militärische Intervention und sie belastet die Beziehungen zur islamischen Welt, wobei sie riskiert, dass der viel diskutierte „Kampf der Kulturen“ Wirklichkeit wird.

Europa muss seine grundlegende politische Strategie in Bezug auf den Islam neu überdenken. Es reicht nicht aus, wenn Europa lediglich den Kampf und die Konfrontation der unterschiedlichen Kulturen in Eurasien vermeidet, es muss vielmehr Kooperation und Koexistenz erreichen.

Europa muss sich von seiner traditionellen Wahrnehmung des politischen Islam als ausschließlich negativer Faktor, als ein „problematischer Konflikträger“, der zu Terrorismus führt, trennen. Der Schlüssel zur Erreichung dieses Ziels ist das Bewusstsein, dass Stabilität in der euro-asiatischen Region zukünftig nur durch ein gemeinsames Verständnis, das die Integrität verschiedener Kulturen und Zivilisationen akzeptiert, gewährleistet werden kann. Das bedeutet keinesfalls, dass Prinzipien aufgegeben werden müssen, sondern setzt vielmehr voraus, dass Beziehungen aufgebaut werden, die auf Kooperation und Koexistenz beruhen. Auf diesem Gebiet hat Europa reichhaltige historische Erfahrungen, die sich als wertvoll erweisen können.

Um Kooperation und Koexistenz zu erreichen, müssen muslimische Würdenträger und islamische Politiker als Partner für kooperative Stabilität und Sicherheit in der OSZE-Region gewonnen werden. Eine exzellente Gelegenheit dazu bietet Zentralasien mit seiner einzigartigen Mischung aus sowjetischer Vergangenheit und muslimischer Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Die wichtigsten Aufgaben sind die Überwindung traditioneller negativer Fixierungen und Stereotype wie Islam versus Säkularismus, Säkularismus versus Islam, der Islam gegen den Westen und der Westen gegen den Islam.

Im Dezember 2003 wurde in der tadschikischen Hauptstadt Duschanbe ein Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen zwischen tadschikischen säkularen und islamischen Politikern unterzeichnet. Es ist das vorläufige Ergebnis eines informellen Dialogs über zwei zentrale Fragen: Wie kann Zuspitzungen im Verhältnis zwischen einer säkularen Regierung und den politischen Vertretern des Islam in Zentralasien vorgebeugt werden? Auf welche Art und Weise sind solche strukturellen Konfliktursachen regelbar, die zu einem „Kampf der Kulturen“ im euro-asiatischen Maßstab führen können?

Welchen neuen Herausforderungen hat die Gestaltung Europas als Stabilitätsraum bezüglich grundlegender Entwicklungsparameter in Zentralasien mit Blick auf den islamischen Faktor¹ Rechnung zu tragen?

Erstens: Politisch erstreckt sich Europa mit der Zugehörigkeit der zentralasiatischen Staaten zur OSZE bis an die Grenzen zu China und Afghanistan. In den südlichen Republiken der ehemaligen Sowjetunion leben über 40 islamische Völker, denen rund 57 Millionen Menschen angehören. Am kompaktesten konzentrieren sie sich in Aserbaidschan im Kaukasus und in den fünf Staaten Zentralasiens. Auch die Russische Föderation hat einen beträchtlichen muslimischen Bevölkerungsanteil. Die Angaben schwanken zwischen elf und 22 Millionen Menschen, die mehr als 40 Ethnien angehören und deren Anteil an der Gesamtbevölkerung zwischen acht und 15 Prozent liegt. Schätzungen gehen davon aus, dass in Russland in etwa 30 Jahren 30 bis 40 Millionen Muslime leben werden.²

In diesem Raum agieren über zwanzig islamische Organisationen.³ Zu den am besten organisierten und politisch aktivsten zählen die Partei der Islamischen Wiedergeburt Tadschikistans (PIWT), die (in Deutschland verbotene) Partei *Hizb-ut-Tahrir* und die Islamische Bewegung Usbekistans (IBU; kürzlich umbenannt in Islamische Bewegung Turkestans), deren Mitglieder nach dem Sturz des Taliban-Regimes in den Untergrund gegangen sind. Neue illegal arbeitende Gruppen kommen ständig hinzu,⁴ wie auch die Bombenanschläge Ende März 2004 in Taschkent und Buchara belegen.

Anfang des Jahres 2002 vereinbarte das Oberkommando der US-Streitkräfte mit Tadschikistan die Entminung der Grenze zu Afghanistan.⁵ Über den Pjandsch, den Grenzfluss zwischen Tadschikistan und Afghanistan, werden neue Brücken gebaut. Straßenverbindungen in den Iran und über Pakistan zur Küste des Arabischen Meeres sind in Planung. Seit Anfang 2003 gehört Afghanistan zu den Kooperationspartnern der OSZE. Die eurasische Brücke Zentralasiens wird somit zunehmend von beiden Seiten begehbar. Niemand vermag heute zu sagen, welche Konsequenzen das für das islamische Gesicht Zentralasiens und darüber hinaus für Europa und den gesamten GUS-Raum haben wird.

Eines lässt sich jedoch konstatieren: Der Islam, die sich auf ihn beziehende Bevölkerung und die sich auf ihn beziehenden Eliten und Kräfte sind und

1 „Islamischer Faktor“ wird hier als Terminus technicus verwendet, der die Gesamtheit aller Faktoren in Zusammenhang mit dem Islam bezeichnet.

2 Vgl. Alexei Malašenko, *Islamskoe vozroždenie v sovremennoi Rossii*, Moskau 1998, S. 7-8.

3 Vgl. Alexei Malašenko, *Islam i politika v gosudarstvach Centralnoi Azii*, in: *Centralnaja Azija i Kavkaz*, 4/1999, S. 59.

4 Vgl. International Crisis Group, *The IMU and the Hizb-ut-Tahrir Implications of the Afghanistan Campaign*, in: *Central Asia Briefing*, Osch/Brüssel, 30. Januar 2002, S. 14, unter: http://www.crisisweb.org/library/documents/report_archive/A400538_30012002.pdf.

5 Vgl. Security Watch, 24. Januar 2002, isn-daily-news@sipo.gess.ethz.ch.

bleiben im euro-asiatischen Raum eine permanente zivilisatorische und politische strategische Größe. Europa hat somit nunmehr seinen eignen euro-asiatischen Orient und seinen eigenen euro-asiatischen Islam. Damit ist eine neue Lage entstanden: Der Umgang mit dem Phänomen Islam ist zu einer Frage der europäischen Sicherheit geworden.⁶

Die Politisierung des „islamischen Faktors“ ist unvermeidbar

Die Politisierung wird durch strukturelle Entwicklungsprozesse ausgelöst, die in erster Linie damit zusammenhängen, dass die Staats- und Nationenbildung in Zentralasien bei weitem noch nicht abgeschlossen ist, sowie mit den Härten des wirtschaftlichen und sozio-politischen Transformationsprozesses. Die Art und Weise, wie mit diesen im Folgenden ausgeführten Problemen umgegangen wird, wird darüber entscheiden, ob es eine Perspektive für stabile säkular-islamische Beziehungen in den säkularen Staaten Zentralasiens geben wird oder ob beide Seiten auf Konfrontation setzen werden.

- *Erstens* können nationale Identität und Islam in den Staatsformungsprozessen in Zentralasien nicht voneinander getrennt werden.
- *Zweitens* wird die wirtschaftliche Transformation noch für lange Zeit schwierig bleiben und unweigerlich zu sozialen Spannungen führen.
- *Drittens* findet der Streit zwischen Politik und Religion in erster Linie zwischen der säkularen Regierung und den Anhängern des politischen Islam statt.
- *Viertens* wird die Unzufriedenheit der Bevölkerung aufgrund der rapiden Verschlechterung der sozialen Lage bereits heute von radikalen islamischen Oppositionsbewegungen ausgenutzt, die die säkularen Regime durch islamische „Kalifate“ ersetzen wollen.
- *Fünftens* legen die säkularen Führer kein großes Engagement bei der Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit an den Tag und spielen so der islamischen Opposition in die Hände.

Europa wird folglich der islamischen sozialen Opposition in der OSZE-Region nicht entgehen können.

Ein Wandel in den traditionellen westlichen Denkmustern gegenüber dem politischen Islam ist notwendig

Soll in Zentralasien die strategische Stabilität aufrechterhalten werden, was aus geopolitischen, wirtschaftlichen und energiepolitischen Gründen äußerst wichtig ist, muss verhindert werden, dass sich soziale und ideologische Konflikte zu einem politischen Antagonismus entwickeln. Europa muss daher in

6 Siehe dazu auch: Arne C. Seifert, Der islamische Faktor und die Stabilitätsstrategie der OSZE in ihrer euro-asiatischen Region, CORE Working Paper Nr. 4, Hamburg 2001.

seiner eigenen politischen Sphäre einen Neubeginn in seinen Beziehungen zum Islam wagen. Dies wird jedoch nur möglich sein, wenn Europa den politischen Islam und islamische politische Bewegungen im asiatischen Teil der OSZE-Region als organischen Bestandteil der dortigen Gesellschaften begreift und nicht als etwas Fremdes. Die Anhänger des Islam werden nur dann nationale Positionen akzeptieren und sich nicht länger extremistischen pan-islamischen Positionen anschließen, wenn sie eine gesicherte religiöse und sozio-politische Perspektive in ihren Ländern und im gesamten eurasischen Kontext erkennen können. Es wäre daher für Europa besser, „seinen eigenen“ Islamisten die Hand zu reichen, anstatt sie zu dem Schluss kommen zu lassen, sie müssten für ihren Glauben mit Unterstützung auswärtiger extremistischer Kräfte kämpfen.

Europa kann sich keine tiefgreifende Krise in seinen Beziehungen zum Islam leisten

Der europäischen Sicherheitspolitik fehlt es bedauerlicherweise an einer Strategie für den Umgang mit dem politischen Islam. Die Auseinandersetzung mit dem Thema findet vorwiegend im Kontext der Terrorismusbekämpfung und damit der Militär- und Sicherheitspolitik statt; die Mittel, an die dabei in erster Linie gedacht wird, sind militärische, also repressive Mittel. Über diese Dimension hinaus ist jedoch eine weitreichende diplomatisch-politische Initiative gegenüber islamischen Bewegungen und Politikern vonnöten, die das sozio-politische und wirtschaftliche Umfeld berücksichtigt, in dem die Radikalisierung des Islam stattfindet. Die Gefahr geht also weniger von der Politisierung des Islam aus, als vielmehr von seiner Radikalisierung. Ihr gilt es vorzubeugen.

Angesichts dieser Herausforderung müssen die grundlegenden Fragen zum Verhältnis zum Islam anders gestellt werden: Wie kann die traditionelle negative Fixierung auf das Stigma des Terrorismus überwunden werden? Kann der islamische Faktor in ein Element kooperativer Sicherheits- und Stabilisierungsstrategien im OSZE-Gebiet verwandelt werden? Kann er inner- und außerhalb der eurasischen Region eine konstruktive Rolle spielen? Können die muslimische Bevölkerung, islamische Aktivisten und säkulare Politiker zu einem politischen Konsens gelangen, der auf einer vernünftigen Adaption moderner Prinzipien sowie auf den Normen und Werten der OSZE beruht?

Die Chance und das wahrscheinlich beste Testfeld für die Gestaltung solcher neuer Beziehungen liegt in Zentralasien. Hier wären erste positive Ergebnisse eines konstruktiven Umgangs mit dem Islam, einer muslimischen Bevölkerung und politischen Vertretern des Islam im eigenen euro-asiatischen Raum relativ schnell erzielbar. Dafür sprechen folgende Gründe: Die Handlungsspielräume und Voraussetzungen sind hier noch günstig. Die säkulare Lebens- und Regierungsweise erfreut sich noch immer beträchtlicher gesellschaftlicher Akzeptanz. Die islamischen Eliten befinden sich noch in einer

frühen Phase ihrer politischen Formierung, wie auch der Islam insgesamt noch in einem frühen Stadium der Politisierung ist, so dass damit auch die Möglichkeiten, ihn politisch zu missbrauchen, noch beschränkt sind. Unter den Jugendlichen sind Kenntnisse des Korans und der Scharia noch wenig verbreitet und die Bindungen an islamistische Bewegungen und Organisationen sind relativ schwach. Auch unterscheiden sich die zentralasiatischen Islamisten von jenen anderer muslimischer Regionen und dem „gängigen“ islamistischen Persönlichkeitstyp. Sie wurden in sowjetischen Schulen mit europäischer Philosophie und Kultur, mit Rationalismus und Dialektik vertraut gemacht. An diese subjektiven Besonderheiten kann angeknüpft werden. Bereits in der nächsten Generation wird all das schon nicht mehr oder nur noch in abgeschwächter Form der Fall sein.

Zugleich gilt es, den Neuanfang im Verhältnis zum Islam, zu einer muslimischen Bevölkerung und zu den politischen Vertretern des Islam im eigenen politischen Raum der OSZE sowie die von ihm ausgehenden Wirkungen in einen breiteren Kontext einzuordnen.

Dimensionen der Vertrauensbildung

Man kann drei Hauptebenen unterscheiden, auf denen Kooperation zwischen Europa und dem Islam erreicht werden muss.

Die globale Dimension

Europäische Staaten haben sich der Antiterrorismuskolalition angeschlossen und beteiligen sich an militärischen Operationen. Zur Stabilisierung der Lage in Staaten wie Afghanistan und Irak ist eine Zusammenarbeit mit lokalen und internationalen islamischen politischen Organisationen unumgänglich. So hat die westliche militärische Intervention unbeabsichtigt die Perspektiven politischer und wirtschaftlicher Restrukturierung in diesen beiden Ländern an eine Zusammenarbeit mit politischen Vertretern des Islam und islamischen Organisationen geknüpft. Da die USA und einige andere westliche Staaten die Frage globaler Sicherheit öffentlich an die Stabilisierung in diesen beiden Ländern gekoppelt haben, wird die gesamte islamische Welt, einschließlich terroristischer Organisationen, das Ergebnis dieses Unterfangens darüber hinaus genauestens beobachten. Schon allein deshalb kann es sich der Westen schlicht und einfach nicht erlauben, daraus als Verlierer hervorzugehen. Er muss eine neue Strategie für die Zusammenarbeit mit islamischen Organisationen auf nationaler und regionaler Basis entwickeln.

Die europäische Dimension

Auch wenn die europäische Dimension nicht im Mittelpunkt dieses Beitrags steht, kann sie nicht ignoriert werden. Herausforderungen für die europäische Sicherheit sind daraus entstanden, dass sich große Gruppen von Immigranten in europäischen Staaten nur oberflächlich angepasst haben, nicht aber wirklich integriert sind. In einigen europäischen Staaten machen Muslime, die nicht in dieser Region geboren wurden, heute einen beachtlichen Anteil an der Bevölkerung aus (in Frankreich bis zu 14 Prozent). Die meisten dieser Menschen sind nicht in ihre europäischen Gemeinschaften integriert; ihre ethno-konfessionelle Isolation nimmt zu und macht eine Radikalisierung wahrscheinlich. „Schlafende Ethnizität“, häufig eng verbunden mit Religion, kann erwachen und als machtvoll Instrument zur Mobilisierung radikaler Kräfte dienen und so eine Trennlinie zwischen „denen“ und „uns“ schaffen. Eine solche Trennlinie besteht in Europa seit geraumer Zeit, und verschiedene ethnische Gruppen unterschiedlicher Konfession sind sich ihrer Existenz schmerzlich bewusst. Muslimische Neueinwanderer profitieren zwar vom westlichen Liberalismus, dessen wahre Natur ihnen jedoch noch fremd ist, da er mit ungewohnten Werten, die sich von ihren eigenen unterscheiden, verbunden ist. Da sie in ihren Gastländern eher am Rande der Gesellschaft leben, sind sie sich ihrer Originalität und ihrer Einzigartigkeit stärker bewusst und betonen diese auch mehr. Liberale Gesetze begünstigen die Möglichkeiten extremistischer islamischer Gruppierungen, sich formal zu organisieren. Radikale Islamisten gewinnen Anhänger unter Migranten, die sich der einheimischen Bevölkerung gegenüber minderwertig fühlen. Strengere Gesetze einzuführen wäre wohl kaum ein Patentrezept zur Lösung dieser Probleme. Strengere Gesetze wären erstens ein Rückschlag für den europäischen Liberalismus, und zweitens sollte nicht die Zuwanderung weiterer Muslime als das eigentliche Problem angesehen werden; es gilt vielmehr zu verhindern, dass sich der Extremismus unter den bereits in Europa lebenden Muslimen weiter ausbreitet. In diesem Zusammenhang sind die wichtigsten politischen und praktischen Aufgaben für Europa, Stereotype, die bereits tief verwurzelt sind, zu verändern und Konflikte zu verhüten, bevor sie sich zu Krisen entwickeln.

Die eurasische Dimension

Die eurasische Dimension entstand mit der Aufnahme der neuen unabhängigen zentralasiatischen Staaten in die OSZE. Die politischen Führer in der Region betrachten generell die Aufrechterhaltung der säkularen Regime als notwendige Bedingung für die Aufrechterhaltung politischer Stabilität. Obwohl eine muslimische Bevölkerungsmehrheit nicht automatisch zu einem islamischen Staat führt, können die säkularen Eliten den säkularen Charakter dieser Staaten nicht auf Dauer garantieren. Solange die Frage der sozialen

und politischen Orientierung noch nicht entschieden ist, wird sie im Zentrum politischen Wettbewerbs und Kampfes stehen. Dieser Wettbewerb braucht Zeit, vielleicht eine ganze Generation, er kann aber auch eine schnelle und unerwartete Wendung nehmen und in soziale und politische Krisen münden. Um solche Krisen zu verhindern, muss nicht nur der Einfluss des politischen Islam, sondern auch seine Heterogenität berücksichtigt werden. Die ausschließliche Konzentration auf radikale und extremistische Islamisten ist äußerst unproduktiv. Tatsächlich sind radikale religiöse Organisationen – sowohl solche, die über ein globales Netzwerk verfügen, als auch nationale Organisationen – in der islamischen Welt eine Randerscheinung. Mangelnde Aufmerksamkeit gegenüber gemäßigten islamischen Organisationen und Parteien sowie Versuche, sie zu isolieren, könnten radikale Elemente stärken und so die Chancen für einen Dialog zwischen islamischen und säkularen Kräften verschlechtern.

In diesem Kontext erweist sich der die Antiterrorismusstrategie bestimmende repressive konzeptionelle und politische Ansatz als kardinaler Fehler. Anstatt der Bedeutung des islamischen Faktors als permanenter Größe von gesellschaftspolitisch-strategischer Tragweite Rechnung zu tragen, beschränkt sie das Verhältnis zum politischen Islam auf die Ebene der gewaltsamen Bekämpfung einzelner islamistischer Gruppen (den „extremistischen Rand“). In diesem Fehler befangen, leistet die Strategie nicht das, worauf es ankommt: im Gegensatz zu dem bisher überwiegenden repressiven einen konstruktiven Ansatz zu erarbeiten und das säkular-islamische Verhältnis aus seiner intellektuellen und politischen Sackgasse herauszuführen.

Ziele, Art des Engagements, Konzepte und Instrumente

Unter Berücksichtigung der drei oben erwähnten Ebenen, können die Hauptziele der Kooperation zwischen Europa und dem politischen Islam wie folgt definiert werden:

- den europäischen Stabilitätsraum zu erhalten und über die geographischen Grenzen der EU hinaus zu erweitern;
- einen Anpassungsprozess zwischen dem politischen Islam und Europa und umgekehrt einzuleiten;
- das „Misstrauensdilemma“ zwischen den politischen Vertretern des Islam und den regierenden säkularen Eliten in den asiatischen Gebieten der OSZE zu überwinden und ein neues Modell der Beziehungen zu schaffen, das auf politischer Auseinandersetzung statt auf Gewaltanwendung beruht.

Diese Ziele bestimmen die Art des weiteren Engagements und die Wahl der Konzepte und Instrumente.

Die Art des Engagements

Wenn das Ziel hinsichtlich der asiatischen Regionen der OSZE die Anpassung des politischen Islam an den europäischen Stabilitätsraum ist, müssen wir die grundlegend anderen Konzeptionen sozialer Entwicklung und Organisation mit berücksichtigen. Der Anpassungsprozess muss zwei Dimensionen umfassen: eine nationale und eine europäische. In der Sprache der OSZE ausgedrückt sind also zwei Anpassungskonzepte erforderlich, eines zur friedlichen Integration des islamischen Faktors in die nationalen Transformations- und Staatsbildungsprozesse und ein weiteres für seine Integration in den gemeinsamen politischen Raum und dessen institutionellen Rahmen (in unserem Fall die OSZE). Charles William Maynes, der Präsident der *Eurasia Foundation*, Washington, schreibt zu diesem Thema:

„Während des Kalten Krieges entwickelten die Vereinigten Staaten langfristige Strategien, die erst nach Jahren Früchte trugen [...] Sie hielten sich mit dem Einsatz von Gewalt zurück und entwickelten Programme zur Einbindung lokaler Eliten. Jetzt ist es an der Zeit für einen ähnlichen Ansatz gegenüber dem Islam, insbesondere in Zentralasien [...] Westliche Staaten sollten nicht nur auf säkulare Kräfte zugehen, mit denen sie ohnehin gut auskommen, sondern auch auf Führer, die wahrscheinlich einflussreiche Positionen in den religiösen Parteien einnehmen werden [...] Ein solcher Ansatz könnte die Vereinigten Staaten in die Lage versetzen, ihr Engagement in Zentralasien glücklicher zu gestalten als ihr Auftreten in vielen anderen Teilen der muslimischen Welt. Er könnte sehr wohl dazu führen, dass die Vereinigten Staaten durch Kooperation und Diplomatie das erreichen, was sie durch Gewalt schwerlich schaffen werden. Und schließlich könnten daraus ganz allgemein Lehren für die Aussöhnung des Westens mit dem Islam gezogen werden – eines der bedeutendsten Probleme unserer Zeit. Jetzt ist die Zeit und Zentralasien ist der Ort, an dem die Vereinigten Staaten eine Politik entwickeln müssen, die den Herausforderungen der Welt nach dem 11. September Rechnung trägt.“⁷

Maynes' weitsichtige Überlegungen sind noch weit davon entfernt, in der politischen Praxis der OSZE-Teilnehmerstaaten berücksichtigt zu werden. Deren Defizite betreffen sowohl den islamischen Faktor im Allgemeinen als auch die Berücksichtigung seines Platzes und seiner Rolle bei der Ausgestaltung nationaler Staatlichkeit in Zentralasien. Europäische Sicherheitspolitik trägt weder dem einen noch dem anderen Rechnung. Dabei harren grundsätzliche Fragen der Beantwortung: Zu den grundsätzlichen Problemen zählt die Tatsache, dass Stabilisierungs- und Sicherheitsstrategien unter den konkreten

7 Charles William Maynes, *America Discovers Central Asia*, in: *Foreign Affairs* 2/2003, S. 132 (eigene Übersetzung).

Bedingungen in Zentralasien um eine Koexistenz zwischen Säkularismus und Islam – nach innen im Staatsformungsprozess, nach außen im Verhältnis zum Westen – nicht herumkommen. Die politikrelevanten Fragen, die sich daraus ergeben, lauten: Wie lässt sich verhindern, dass unterschiedliche werte- und gesellschaftspolitische Orientierungen miteinander in Konflikt geraten? Was muss getan werden, um zu verhindern, dass Religion dabei politisiert wird und in radikal-islamistische Bewegungen umschlägt? Und schließlich: Wie können solche Bewegungen, wenn sie erst einmal entstanden sind, in eine friedliche, reformerische Richtung transformiert werden?

Bisher wurde noch nicht einmal das Erfordernis eines spezifischen Konzepts erkannt und in den gängigen Konzepten ist für den „Islam“ lediglich Platz als ein Aspekt der Gewährleistung von Religionsfreiheit als Teil des westlichen Menschenrechtsverständnisses, nicht aber in einem komplexen gesellschaftspolitischen und zivilisatorischen Sinne.

Konfliktprävention bezogen auf den islamischen Faktor in den asiatischen Regionen der OSZE müsste sich einerseits um objektiv bestehendes Konfliktmaterial und andererseits um jene Eliten kümmern, die sich des Islam als Ressource bemächtigen. Letzteres ist eindeutig Aufgabe der Demokratisierungsstrategie der OSZE, und insofern ist diese direkt in das Verhältnis zum politischen Islam verwickelt, ja sogar an ihn gebunden. Sie ereilt anderenfalls ein ähnliches Schicksal wie die westlichen Staaten in Afghanistan oder im Irak: Ohne Kooperation mit islamischen Organisationen, Bewegungen und Parteien wird die Stabilisierung nicht gelingen. Mehr noch: Je mehr die OSZE das politische Umfeld in den zentralasiatischen Staaten demokratisiert, desto mehr erweitert sie auch die politischen Spielräume für die Islamisten. Um mit diesem „Widerspruch“ fertig zu werden, greift die gegenwärtige Reduzierung auf „Terrorismusbekämpfung“ eindeutig zu kurz.

Diskrepanzen zwischen säkularen und islamischen Konzepten der Staats- und Nationenbildung

Bei der Erarbeitung von Anpassungsstrategien muss man sich der großen Diskrepanzen, die zwischen säkularen und islamischen Konzepten von Staats- und Nationenbildung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, der Gleichstellung der Frau in der Gesellschaft, von Erziehung und auf vielen anderen Gebieten herrschen, bewusst sein. Für einen konstruktiven Umgang mit diesen Diskrepanzen müssen die Strategien auf einer Kombination aus Kooperation und Koexistenz beruhen. Sie müssen die Bereiche definieren, in denen Kompromisse unerlässlich sind. Es gilt, Verhaltensregeln und gegenseitigen Respekt zu entwickeln, wenn eine gemeinsame politische Kultur entstehen soll.

Europa sollte vorrangig die Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen zur Vertrauensbildung zwischen säkularen und islamischen Kräften und Organisationen fördern. Dies gilt für die gesamte OSZE-Region, insbesondere

aber für Zentralasien. Das enorme gegenseitige Misstrauen ist darauf zurückzuführen, dass es auf beiden Seiten nicht die geringsten Garantien dafür gibt, dass nicht eine Seite, sobald sie an die Macht kommt, versuchen würde, den unerwünschten Partner aus dem politischen Prozess auszuschalten. Einerseits fürchten die säkularen Führer, dass islamische Parteien, wenn sie erst einmal mit demokratischen Mitteln an die Macht gekommen sind, einen theokratischen Staat errichten, in dem kein Platz für sie, die ehemaligen Führer, ist. Andererseits haben die islamischen Führer nicht nur die Sorge, dass ihre Organisationen unter säkularer Herrschaft auf die Liste der terroristischen Organisationen gesetzt und verboten werden, sondern auch, dass nicht einmal die politische Legitimierung ihrer Parteien ihr Überleben in einer politischen Struktur garantiert, die die Frage der Koexistenz mit dem politischen Islam nicht gelöst hat.

Das „Misstrauensdilemma“ hat auch eine europäische Dimension: Es ist fraglich, ob europäische OSZE-Staaten islamische Parteien, die mit demokratischen Mitteln an die Macht gekommen sind, anerkennen würden, da sie fürchten könnten, dass diese radikale Verfassungsänderungen einführen würden.⁸ Darüber hinaus ist die Frage ungeklärt, ob moderate islamische Parteien, wenn sie an die Macht kommen, die Stabilität der verfassungsmäßigen Ordnung garantieren oder ob sie durch radikalere islamische Kräfte dazu verleitet werden, undemokratisch zu handeln.

Bislang hat keine der beiden Seiten für ihr „Verhalten gegenüber dem Gegner“ Garantien angeboten, die für die andere Seite annehmbar wären. Folglich hält das Misstrauen an und die Entfremdung schreitet fort. Die islamische Elite will darauf vertrauen können, dass sie wirklich eine politische, religiöse und kulturelle Perspektive auf der Grundlage gleicher Rechte sowohl in ihrem eigenen Land als auch in einem größeren eurasischen Rahmen hat. Die säkulare Seite wiederum will sich sicher sein, dass die Anerkennung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen durch moderate islamistische Führer mehr als ein taktisches Manöver ist.

Strategien und Instrumente

In erster Linie gilt es, auf einen zivilisatorischen Ausgleich hinzuwirken, da neben sozio-ökonomischen Konfliktursachen das säkular-islamische Spannungsverhältnis von besonderer Brisanz ist. Mechanismen, Instrumente und Methoden sollten auf dieses Ziel zugeschnitten werden. Dabei geht es vor allem darum, sowohl religiöse als auch zivilisatorische Feindschaft möglichst gar nicht erst zuzulassen. Sollte sich eine solche andeuten, so ist sie einzuhe-

8 Wie werden die OSZE-Staaten auf den wachsenden Einfluss islamischer politischer Parteien und darauf, dass diese eine beachtliche Zahl von Sitzen im Parlament erringen könnten, reagieren? Wenn dies geschieht, werden die OSZE-Staaten die Ergebnisse legitimer Wahlen anerkennen oder werden sie aus Angst vor den Islamisten bei Verstößen, die darauf abzielen, den politischen Islam zu schwächen und das säkulare Regime zu stärken, lieber wegsehen (wie schon geschehen)?

gen. Das erfordert, Feindschaften und Widersprüche, auf denen sie basieren, auf ihren eigentlichen sachlichen Kern zu reduzieren, um die Felder, auf denen Übereinstimmung oder Dissens herrscht, bestimmen und entsprechende Auswege finden zu können. Die Arbeitsformel könnte lauten: Zusammenarbeit auf der Grundlage von Gemeinsamkeiten, gewaltfreie Koexistenz in den Fragen, in denen tiefere Widersprüche bestehen.

Einerseits wird das ein langfristiger Prozess sein. Andererseits werden pragmatisch einige schnelle Ergebnisse gebraucht. Letzteres gilt insbesondere für den *eigenen* politischen Raum, den euro-asiatischen, aber auch für die europäischen Städte und Gemeinden. Solche Ergebnisse hätten eine positive Signalwirkung sowohl auf die islamische Welt als auch auf unsere eigenen multinationalen und multireligösen Gesellschaften, denen die „zivilisatorische Verarbeitung“ gewaltiger Integrationsprozesse im Rahmen einer erweiterten EU erst noch bevor steht.

Um zu ersten positiven Ergebnissen zu kommen, bietet sich eine Reihe von Strategien, Methoden und Instrumenten an, die sich in Tadschikistan bereits bewährt haben.

Der Dialog mit moderaten islamischen politischen Organisationen sowie mit jenen radikalen Gruppen, die Kontakte zu säkularen Kräften nicht von vornherein ablehnen und die nicht ausschließlich auf Gewalt zur Erreichung ihrer politischen Ziele setzen, kann als das wichtigste Instrument zur Schaffung einer neuen politischen Realität im säkular-islamischen Kontext betrachtet werden. Das setzt die Zusammenarbeit sowohl mit politischen islamischen Organisationen als auch mit säkularen Kräften voraus, da die Aufrechterhaltung der Stabilität im gesamten OSZE-Raum von den Positionen beider Gruppen sowie von ihrer Interaktion abhängt.

Die wichtigste Aufgabe des Dialogs ist die Suche nach Mitteln und Mechanismen, die die Koexistenz zwischen säkularen und islamischen Kräften unterstützen. Der Dialog sollte mit Gesprächen mit Gruppen moderater Islamisten beginnen, die bereits Erfahrungen damit haben, in einem säkularen Staat zu agieren, wie dies in Tadschikistan der Fall ist. Darüber hinaus müssen diejenigen Faktoren, die Islamisten dazu ermutigen, für einen islamischen Staat zu kämpfen, auf ein Minimum reduziert werden.

Diese allgemeine Aufgabe kann in eine Reihe konkreterer Schritte unterteilt werden:

- Der säkulare Staat sollte dazu ermutigt werden, seine Haltung gegenüber islamischen Institutionen wie z.B. Moscheen, Medressen, Universitäten sowie politischen Parteien und Bewegungen zu überdenken. Dazu noch einmal Maynes: „Der Westen sollte bei den politischen Führungen in der Region darauf dringen, dass sich die lokale Regierungen der Herausforderung echter Wahlen stellen und alle Parteien, die für einen friedlichen Wandel eintreten, daran teilnehmen lassen. Vielleicht stellt sich dabei heraus, dass die radikaleren Islamisten nur geringe Un-

terstützung genießen. Selbst wenn sie jedoch Unterstützung in der Wählerschaft finden, könnten islamische Kräfte schrittweise zu einem Teil des Systems werden, so dass ihre Beteiligung an der Regierung, wenn sie denn tatsächlich erfolgt, eher ein integrativer denn ein revolutionärer Akt wäre. Bei alledem muss Washington jedenfalls Geduld haben.“⁹

- Dauerhafte innere und äußere Stabilisierung erfordert „Vertrauensbildung zwischen den Vertretern der Staatsmacht und der Religion, wie in der Zivilgesellschaft im Ganzen.“¹⁰ Ziel von Vertrauensbildung ist es, einen Verständigungsprozess einzuleiten, um die Gefahr der Eskalation zu bannen, eine gemeinsame Basis zu finden und Trennendes und Missverständnisse so weit wie möglich zu überwinden. Kurzfristig sollten eine mögliche Radikalisierung der Vertreter des politischen Islam verhindert und das integrative Potenzial des Islam gemeinsam entwickelt werden. Langfristig sollte der Versuch unternommen werden, Spannungen dauerhaft abzubauen und eine sich selbst tragende Stabilität zu schaffen.
- Das herrschende Konzept der „Trennung von Religion und Staat“ muss an die besonderen sozialen und religiösen Bedingungen angepasst werden, unter denen der Staatsaufbau in Zentralasien stattfindet. Es hat sich herausgestellt, dass die tadschikischen Islamisten der PIWT das ursprüngliche säkulare Konzept der „Trennung von Kirche und Staat“, verstanden als Trennung von religiösen Institutionen und Staat, eher akzeptieren können als das alte, noch aus der Sowjetzeit stammende Konzept der „Trennung von Religion und Staat“ ihrer eigenen regierenden säkularen Elite.¹¹ Die regierende säkulare Staatsmacht muss erkennen, dass sie angesichts einer muslimischen Bevölkerungsmehrheit den Staat nicht von der Religion seiner Gesellschaft trennen kann. Ein solches Prinzip ist in sich falsch, da es durch die Trennung von Religion und Staat dazu führen kann, dass der säkulare Staat die Bindung an seine eigene Bevölkerung verliert. Auf diese Weise kann das Wort „säkular“ zum Synonym für „feindlich“ und, schlimmer noch, „antiislamisch“ werden.

In ihrer Vereinbarung über „Vertrauensbildende Maßnahmen“ vom Dezember 2003 sind die tadschikischen säkularen und islamischen Vertreter zu der richtigen Einschätzung gekommen, dass die „Herausbildung des nationalen Staates [...] die Verständnisparameter der Wechselbeziehungen zwischen Staat und Religion [verändert]. Einerseits ist der Islam als Religion der absoluten Bevölkerungsmehrheit Tadschikistans ein organischer Bestandteil der tadschikischen Gesellschaft und der nationa-

9 Maynes, a.a.O. (Anm. 7), S. 132 (eigene Übersetzung).

10 Vertrauensbildende Maßnahmen. Ergebnisse eines informellen säkularen-islamischen Dialogs, Duschanbe, Dezember 2003, S. 9.

11 Vgl. ebenda, S. 7.

len Kultur. Er übt auf alle gesellschaftlichen und politischen Prozesse einen realen Einfluss aus. Andererseits kann sich der Staat nicht von der Religion seiner Gesellschaft trennen. Aus dieser wechselseitigen Bedingtheit folgt, dass konstruktive Beziehungen, gegenseitiges Verständnis und Zugeständnisse der Herrschaftsträger und der religiösen Funktionsträger bedeutsame Faktoren der inneren Stabilität des Staates und der Gesellschaft sind.“¹²

- Der säkulare Staat sollte ermutigt werden, seine Politik gegenüber dem Islam neu festzulegen. Ein harmonisches Verhältnis zwischen Staat und Religion (Islam) ist eine wichtige Voraussetzung für die Erhaltung der nationalen Eintracht, der politischen und moralischen Einheit aller jungen zentralasiatischen Staaten sowie der Stabilität des Verlaufs ihrer weiteren Formung. Damit ist sie zugleich eine bedeutsame Bedingung, um die Entstehung von religiösem Extremismus zu verhindern.

Konkret geht es um das „Schaffen optimaler Varianten der Zusammenarbeit und gegenseitig vorteilhafter Beziehungen zwischen der Staatsmacht und den Vertretern der Religion.“ Die säkulare Staatsmacht „muss [...] in ihrem Verhältnis zur Religion, zum Islam im Besonderen, solche Methoden entwickeln, welche die Vertreter der Religion von der Aufrichtigkeit ihrer Absicht zur Zusammenarbeit überzeugen. Den Kern dieser Absicht bilden die Gewährleistung der vollen Religionsfreiheit der Bürger und die Unabhängigkeit der religiösen Einrichtungen von den Machtorganen.“¹³

- Die Entwicklung eines gemeinsamen Verhaltenskodex für säkulare und islamische Kräfte sollte gefördert werden. Das Duschanbiner Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen empfiehlt die Bildung eines konsultativen Forums beim Staatsoberhaupt, das „einen permanenten Dialog zwischen den Vertretern des Staates und der Religion, religiöser Parteien und Organisationen zur Beratung der Prioritäten der Zusammenarbeit, offener Fragen sowie von Wegen zur Überwindung von Missverständnissen gewährleistet. Ein wichtiges Ziel besteht im Schaffen eines Klimas des Vertrauens, der Harmonie, einer Kultur konstruktiven Austauschs, der Zusammenarbeit und der Koexistenz sowie des Vorbeugens von politischer und religiöser Radikalisierung.“¹⁴

Zugleich wurde im zitierten Dokument erstmalig in Zentralasien Verständigung über Prinzipien eines gewaltfreien Umgangs miteinander erreicht. Dazu erarbeiteten die tadschikischen Partner „Prinzipien der Zusammenarbeit und Koexistenz“. Sie beginnen mit der Feststellung: „Die grundlegende Philosophie des Dialogs [zwischen den säkularen und den islamischen Teilnehmern, A.S.] ist: Toleranz zu üben und nach spezifischen Wegen für das Erreichen des gemeinsamen Ziels zu streben: sta-

12 Ebenda, S. 3.

13 Ebenda, S. 9.

14 Ebenda, S. 3-4.

bile Bedingungen für die Prozesse nationaler Entwicklung zu gewährleisten. Das Herausfinden des Gemeinsamen schließt die Benennung von Gegensätzlichem nicht aus und umgekehrt. Vorrangig aber ist die Verpflichtung der Seiten, einzeln und gemeinsam nach Lösungen zu suchen, die der eigenen Heimat, Zentralasien und dem euro-asiatischen Raum Sicherheit und Stabilität gewährleisten.“¹⁵ Das erste und grundsätzliche Prinzip gewaltfreier Koexistenz lautet: „Der konstruktive und kontinuierliche Dialog ist das Hauptprinzip der Zusammenarbeit und die einzig legitime Methode des *Aufwerfens*, der *Erörterung* und der *Lösung* von Streitfragen.“¹⁶

- Es muss ein Dialog über Kooperation und Koexistenz der Zivilisationen und Kulturen im euro-asiatischen OSZE-Raum geführt werden. Besonders wichtig für die Überwindung der europäischen Dimension des oben genannten „Misstrauensdilemmas“ wäre die Bereitschaft Europas, den politischen Islam als integralen Bestandteil des politischen Prozesses in Zentralasien anzuerkennen. Die Bereitschaft Europas allein kann aber noch keine Atmosphäre des Vertrauens schaffen. Europa braucht selbst einige „Sicherheiten“, damit es den Islamisten gewisse Garantien geben kann. Ein Prozess der Vertrauensbildung sollte deshalb auch eingeleitet werden, um zu einer Übereinkunft über einen gemeinsamen „Verhaltenskodex“ auf euro-asiatischer Ebene zu gelangen. Die nachfolgenden gegenseitigen Zusicherungen sollten diskutiert werden. Die islamischen Vertreter sichern Folgendes zu:

1. Sie erkennen den säkularen Charakter des Staates und seiner Verfassung an.
2. Sie erklären sich bereit, Mitverantwortung für die Formung und die Entwicklung ihres Staates zu tragen. Sie sind zur Mitwirkung an der Konsolidierung des Nationalstaats, der Lösung der schwierigen sozialen und wirtschaftlichen Probleme, der Unterstützung demokratischer Prozesse und der Gewährleistung der politischen Rechte der Bürger, der Aufrechterhaltung der inneren und regionalen Stabilität, der Verringerung des Einflusses extremistischer Gruppen und der Verhinderung des Entstehens neuer bereit.
3. Sie sind bereit, an der Demokratisierung ihrer Gesellschaft mitzuwirken; im Gegenzug garantiert die säkulare Regierung Religionsfreiheit sowie die Freiheit der Religionsausübung, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als Grundlage für die Beseitigung jener Faktoren, die den Islamisten Anlass geben, den säkularen Staat als antiislamisch wahrzunehmen.
4. Sie sind in der Lage, die Zunahme der Radikalisierung zu begrenzen.

15 Ebenda, S. 4.

16 Ebenda (Hervorhebung A.S.).

5. Sie sind bereit, sich für die Stabilität und Sicherheit des gemeinsamen euro-asiatischen Raums der OSZE einzusetzen.

Bedenkt man, dass moderate Islamisten durchaus eine Zusammenarbeit mit Europa anstreben, was von ihnen als eine Art zusätzlicher Legitimation betrachtet wird, ist für sie möglicherweise schon der Dialog selbst die gewünschte Anerkennung. In diesem Stadium ist es für die Islamisten besonders wichtig, dass es ihnen mit Unterstützung der Europäer vielleicht gelingt, von den zentralasiatischen Regimen anerkannt zu werden.

Zugleich brauchen auch sie gewisse Zusicherungen Europas, die in den Kodex Eingang finden sollten. Die europäische Seite sollte sich zu Folgendem verpflichten:

1. Muslime und islamische Politiker haben im euro-asiatischen Raum der OSZE ihren festen, natürlichen Platz. Europa hat ein Interesse an der Zusammenarbeit zum Wohle der gemeinsamen Sicherheit und an einer Atmosphäre gedeihlichen Zusammenwirkens.
2. Europa sichert mit Hilfe der OSZE zu, dass die offizielle Zusage der staatlichen Behörden, islamische Parteien in den politischen Prozess einzubeziehen, dauerhaft aufrechterhalten wird.
3. Europa wird das Prinzip der demokratischen Partizipation auf der Grundlage gleicher Rechte für die Religionsvertreter bei der nationalen Staatsbildung unterstützen; dazu gehört, dass Religionsvertreter neben säkularen Kräften administrative Funktionen übernehmen.
4. Die europäischen Staaten werden in ihrer Reaktion auf Unterdrückung, die unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung ausgeübt wird, in Wahrheit aber auf die Schwächung muslimischer Organisationen und Institutionen, einschließlich politischer Vertreter des Islam, abzielt, keine doppelten Standards anwenden.
5. Das Prinzip freier Wahlen ist universell und gilt für islamische Vertreter ebenso wie für alle anderen Gruppen.
6. Wenn islamische Parteien durch demokratische parlamentarische Mittel an die Macht kommen, wird Europa die Legitimität der neuen Regierung anerkennen.
7. Ein Staat mit einer islamischen Regierung wird Teil der OSZE bleiben, wenn er die grundlegenden Menschenrechte gewährleistet (dabei ist das abweichende islamische Menschenrechtsverständnis zu berücksichtigen).¹⁷

¹⁷ Die Frage, ob Europa seine Beziehungen zu einem Staat aufrechterhalten wird, in dem eine säkulare Regierung von einer islamischen abgelöst wurde, und so die Isolation dieses Staates verhindern kann und damit radikalen Gruppen keinen Grund zur weiteren Militarisierung liefert, stellt sich grundsätzlich.

Beide Seiten müssen im Rahmen des Dialogs und des gemeinsamen Verhaltenskodex bestimmte Verhaltensregeln entwickeln, die ihr Handeln im Kontext bestimmter politischer Konstellationen und Ereignisse berechenbar machen, nämlich dann, wenn ein säkulares Regime mit dem politischen Islam koexistieren muss, im Falle einer Teilung der Macht zwischen säkularen und islamischen Kräften und im Falle eines Machtwechsels. Der Dialog mit Islamisten wird zweifellos einer Reformierung des politischen Islam förderlich sein und ihn moderater und toleranter machen.

Erfahrungen aus dem ersten säkular-islamischen Kompromissprozess in Zentralasien

Pragmatisch zu ersten positiven Ergebnissen im eigenen politischen Raum zu kommen – das war und ist der Hintergrund des Versuchs einer Vermittlung säkular-islamischer Vertrauensbildung in Zentralasien. Der von deutschen und Schweizer Forschungsinstituten¹⁸ moderierte und von den Auswärtigen Ämtern Deutschlands und der Schweiz finanzierte Dialog bewirkte, dass am 11. Dezember 2003 in der tadschikischen Hauptstadt Duschanbe Politiker der islamischen und der säkularen Seite das bereits erwähnte Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen unterzeichneten. Unter den mehr als 20 tadschikischen Beteiligten waren auf der islamischen Seite nicht etwa nur der gemäßigte, sondern auch der radikale Flügel der PIWT vertreten. Das Dokument wurde dem tadschikischen Präsidenten Rachmonow zugeleitet, der es las und gegenzeichnete.

Das Dokument besteht aus einer Zusammenfassung, Empfehlungen an den Präsidenten, Prinzipien der Zusammenarbeit und Koexistenz, einem erläuternden analytischen Teil mit Einschätzungen und Schlussfolgerungen sowie einer Anlage, die leicht oder schwer zu regelnde Probleme klassifiziert.

Der Dialog vermittelte Einsichten in die Dynamik der vorausgegangenen Eskalation im säkular-islamischen Verhältnis – wobei eine erneute Eskalation in Zentralasien auch in Zukunft nicht auszuschließen ist – und erlaubt Schlussfolgerungen für eine primär auf Ursachenentschärfung orientierte Politik und Diplomatie im Umgang mit dem „islamischen Faktor“. Beides erscheint besonders wertvoll im Lichte dessen, dass die Auseinandersetzung mit gewaltorientiertem, extremistischem Islamismus erst dann zu dauerhaften und belastbaren positiven Ergebnissen führen kann, wenn die Beseitigung seiner strukturellen Ursachen konsequent in den Mittelpunkt gerückt wird.

Hierbei ist neben wirtschaftlichen und sozialen Ursachen das säkular-islamische Spannungsverhältnis in Zentralasien von besonderer Brisanz. Darauf

18 Das Zentrum für OSZE-Forschung (CORE) des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) sowie das Institut universitaire des hautes études internationales (HEI), Genf.

bezogen vermitteln sowohl der tadschikische säkular-islamische Kompromissprozess, der erste im OSZE-Raum, als auch die aus einer europäischen Vermittlungsperspektive gewonnenen Erkenntnisse exemplarisch Einblick in die Besonderheiten der Konfliktregelung zwischen Säkularisten und Islamisten. Beides verdeutlicht nachdrücklich, dass Frieden und Kompromisse *gerade* mit den *radikalen* Kräften gefunden werden müssen.

Obwohl Tadschikistan wegen des vorangegangenen Bürgerkriegs ein Sonderfall ist, ist es ein einzigartiges Beispiel dafür, wie ehemalige radikale Islamisten und Säkularisten es geschafft haben, einen bewaffneten Konflikt in eine (noch zerbrechliche) kooperative Beziehung zu überführen. Die tadschikische Erfahrung vermittelt Einsichten u.a. in folgende Fragen: Wie kann die Eskalation von Konflikten zwischen einer säkularen Regierung und einer islamischen Bewegung verhindert oder beendet werden? Welche Prinzipien sind die Grundlagen für einen selbst tragenden Kompromissprozess? Und schließlich: Welche Fragen müssen von Europa beantwortet werden?

Die zentralen Erkenntnisse aus der Moderierung des säkular-islamischen Dialogs sind folgende:

Erstens: Kompromisse, Zusammenarbeit und Koexistenz zwischen einer säkularen Regierung und islamischen Politikern und Parteien sind möglich. Auch kann man im Verhältnis zueinander unter bestimmten Bedingungen als Alternative zum repressiven Umgang miteinander Politik gewaltfrei gestalten, so dass sich Bürgerkriege vermeiden lassen. Und schließlich: Frieden und Kompromisse müssen gerade mit und zwischen den radikalen Kräften gesucht und gefunden werden. Diese gibt es auf beiden Seiten.

Zweitens: In den Positionen der islamischen und der säkularen Seite gibt es durchaus politische Spielräume und ein bestimmtes Maß an Nähe in den Motiven und strategischen Absichten. Für beide bilden der gemeinsame Nationalstaat und die Demokratie die grundlegenden, verbindenden Gemeinsamkeiten. Diese Gemeinsamkeiten sind für Europa insofern interessant, als es darin geeignete Grundlagen für einen Dialog mit Islamisten und Säkularisten in Zentralasien finden kann. Schon das Ergebnis, dass zentralasiatische Islamisten und Säkularisten diese Gemeinsamkeiten erkannt und sich auf sie als Grundlage für Vertrauensbildung, Zusammenarbeit und Koexistenz verständigt haben, ist ein bemerkenswerter Fortschritt. Die Anerkennung dieser Gemeinsamkeiten widerlegt zugleich den in Europa weit verbreiteten Vorbehalt, dass eine islamische Mitwirkung an nationalen Gestaltungsprozessen im OSZE-Raum Gefahren prinzipieller, zivilisatorischer Natur in sich birge und daher nicht im deutschen und europäischen Interesse liege. Gelänge es, diesen Vorbehalt mehr als einmal zu widerlegen und schließlich zu überwinden, so würden sich völlig neue Perspektiven für ein aufgeschlossenes europäisches Verhältnis zu den muslimischen Regionen im eigenen politischen Raum eröffnen.